

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: **Hid. Müller**  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhrestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6303.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonnenzeile:  
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Nicht Betriebsmamelucken, sondern revolutionäre Betriebsräte!

Die Nationalversammlung wird jetzt den Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte beraten und höchstwahrscheinlich ohne wesentliche Änderungen sehr schnell als Gesetz verabschieden. Monatelang hat der 7. Ausschuss der Nationalversammlung beraten. Der umfangreiche Bericht des Ausschusses liegt jetzt gedruckt vor. Uns überrascht der Bericht nicht, er wird aber denen die Augen öffnen, die im "Neuen Deutschland" Freiheit und Rechte für die Arbeitererschaft erwarteten.

Vor Jahresfrist erklärte die "sozialistische" Regierung, sie denke gar nicht daran, die Räte, sei es in der Verfassung oder in der Verwaltung einzugliedern. Erst als im März 1919 die revolutionären Stürme über Deutschland setzten und die Regierung auf "schwankendem Boden" stand, da kam die feierliche Erklärung: Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert. Der damalige Reichsarbeitsminister Bauer erließ Grundgesetze für die Errichtung von Betriebsräten und gab dazu vorläufige Dienstverordnungen. Auch die Reichsverfassung erkannte die Arbeiterräte an. Ein Gesetz über Betriebsräte sollte bald erscheinen. Als sich die revolutionären Stürme gelegt hatten, schweig auch jene Presse, die der Arbeiterschaft täglich einredete, daß ihr im Produktionsprozess ein Mitbestimmungsrecht gesichert sei. Der Verfallener Gewaltfriede ließ der Regierung die Hand verdorren, Herr Scheibemann ging und Herr Bauer kam. Herr Bauer, der zweite Vorsitzende der Generalkommission, hielt als Ministerpräsident am 3. Juli 1918 seine Programmrede und erklärte: "Die Regierung werde ein Gesetz über Arbeiterräte und Betriebsräte vorlegen, das den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung lediglich als Arbeitskraft heraushebt und ihn zum Mitbestimmer im Produktionsprozess macht. . . . und daß damit die Idee des Kapitalismus endgültig verneint ist." Und später versprach Herr Bauer den Arbeitern "Hausherrenrechte" im Betriebe.

Endlich kam der Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte. Die rechtssozialistische Presse war entzückt und behauptete, der Entwurf stelle die erste Verwirklichung des in der Verfassung vorgesehenen, vom Weimarer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei gebilligten Rätegesetzes dar. Die Betriebsräte bilden die unterste Stufe des Rätebaus. Ihre Aufgabe sei es, vor allem an Stelle der Autokratie im Betriebe die Betriebsdemokratie zu setzen, das Alleinbestimmungsrecht des Unternehmers durch das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte zu ersetzen. Ihre Aufgabe sei es, in allen Arbeiterfragen zu setzen und so eine neue Arbeitsverfassung herbeizuführen. Damit sei wenigstens ein Schritt vorwärts getan auf dem Wege zur Hebung von Arbeitsfreude und Arbeitslast, hier sei endlich der Weg aus dem Dunkel ins Freie zu sehen. Wir haben die Versprechungen des Ministerpräsidenten Bauer noch nicht vergessen. Wir konnten uns damals nicht den Lobeshymnen der rechtssozialistischen Presse anschließen, sondern erblickten bereits in dem Entwurf einen unerbörten Volksbetrug, dessen sich der sozialdemokratische Ministerpräsident samt seiner Gefolgschaft schuldig machte.

Der Entwurf der Regierung war getragen von dem Bestreben, dem Unternehmertum nicht zu nahe zu treten. Überall waren die Rechte der Unternehmer gegen Eingriffe der Betriebsräte geschützt und doch heulte die ganze kapitalistische Presse auf, als die Regierung scheinbar die heiligen kapitalistischen Ausbeutungsrechte anzutasten wagte. Eine wahre Flut von Protesten und Wähleranträgen ergoß sich über die Regierung, die Nationalversammlung und später über den Ausschuss, der zur Beratung eingesetzt wurde. Die Regierung hatte damals kein Wirtschaftsprogramm, wie sie auch heute noch keine gefunden hat. Ein ängstliches Lavieren, getrieben und gepöbelt durch immer wiederkehrende revolutionäre Erschütterungen, gelähmt durch kapitalistische Einflüsse, suchte sie beiden Strömungen gerecht zu werden. Ein und her geworfen von den Wellen der sozialen Revolution, suchte die Regierung durch Kompromisse diese Wellen zu brechen. Aber der kapitalistische Einfluß erwies sich bald stärker als die revolutionären Aufregungen der Masse, zumal letztere eine gewisse Schwung der revolutionären Energie zeigte. So konnte denn die Regierung in aller Ruhe die kapitalistischen Vorrechte in der Verfassung verankern und der Ausschuss der Nationalversammlung konnte aus dem Regierungsentwurf ein Gesetz zum Schutze der Unternehmer machen. Die Absicht des Herrn Bauer: Verneinung der Idee des Kapitalismus — Hausherrenrechte der Arbeiter im Betriebe — mußte von dem deutschen Proletariat als Reizschlüssel empfunden werden.

Gleich der § 1 des Entwurfes offenbart den Charakter des Gesetzes. Er verpflichtet den Betriebsrat, den Unternehmer in der Erfüllung des Betriebszweckes zu unterstützen, also die Profitinteressen des Unternehmers zu fördern — denn ein anderer Betriebszweck kann wohl für einen Unternehmer nicht in Frage kommen. Auch der § 66, der die Aufgaben und Befugnisse der Betriebsräte regelt, macht es dem Betriebsrat nochmals zur Pflicht, die Betriebsleitung zu unterstützen und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen. Und wenn der Betriebsrat weiter verpflichtet wird, "den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren", also Streiks zu verhindern, so kann man wohl mit Recht sagen, daß der Betriebsrat zum Gendarm des Unternehmers gemacht wird. Der § 68 verpflichtet den Betriebsrat, Forderungen und Maßnahmen zu unterstützen und zu durchführen, "die das Gemeininteresse schädigen" — was läßt sich alles aus dieser Bestimmung machen!

Daß der Betriebsrat dem Einfluß der Arbeiterschaft entgegen werden soll, geht auch aus folgendem klar hervor: Der

Regierungsentwurf sah in § 30 die Abberufbarkeit des Betriebsrates durch die Betriebsversammlung vor. Letztere konnte durch ein Mißtrauensvotum den Betriebsrat jederzeit zwingen, seine Funktion niederzulegen und eine Neuwahl vornehmen. Der Ausschuss hat diese Bestimmung beseitigt. Dagegen hat der Unternehmer das Recht, beim Schlichtungsausschuss (?) die Abberufung des Betriebsrates zu beantragen, wenn letzterer seine Pflicht "gräblich" verletzt. Das gleiche Recht hat auch mindestens ein Viertel der Arbeitnehmer. Der Schlichtungsausschuss entscheidet. Wir haben das Wirken dieser Schlichtungsausschüsse lange genug beobachten können. Sie setzen sich paritätisch aus Unternehmern und Arbeitervertretern zusammen mit einem unparteiischen Vorsitzenden. Bei letzterem liegt in 90 von 100 Fällen die Entscheidung. Sie fällt fast regelmäßig zugunsten der Arbeitgeber aus. Nun ist diesem Schlichtungsausschuss noch das Recht zugesprochen worden, in einem solchen Fall selbst einen neuen Betriebsrat zu ernennen.

Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen ist fast ganz beseitigt. Die alte Willkürherrschaft der Unternehmer ist gesichert, die besonders von den Angestellten gehegten Erwartungen sind geradezu standlos vernichtet. . . . Der Betriebsrat kann ein oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat eines Unternehmens entsenden. Nach dem Regierungsentwurf hatten diese mit den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates gleiche Rechte und Pflichten. Der Ausschuss hat das letztere gestrichen. Die Vertreter des Betriebsrates werden nur als Dekoration dem Aufsichtsrat beigegeben. Der Betriebsrat hat das Recht, vom Unternehmer Aufschluß über alle den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmer berührenden Betriebsvorgänge zu verlangen, soweit dadurch kein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis gefährdet wird. Ob das der Fall ist, liegt natürlich im Ermessen des Unternehmers. Der wird sich in jedem Fall auf das Geschäftsgeheimnis berufen.

Wir könnten diese Spottgeburt eines Betriebsratsgesetzes noch weiter bloßlegen, wollen aber darauf verzichten. Nur auf folgende Bestimmungen möchten wir noch hinweisen, die der Ausschuss in den Entwurf aufgenommen hat: "Die Erhebung und Leistung von Beiträgen der Arbeiter und Angestellten für irgendwelche Zwecke der Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsräte sind unzulässig." Das ist ein gemeiner, heimtückischer Versuch, eine Vereinigung der Betriebsräte unmöglich zu machen. Die Väter dieses Gedankens wissen genau, daß die Betriebsräte sich verständigen und zusammenschließen können. Um das zu verhindern, soll ihnen die Möglichkeit genommen werden, die zu einer Vereinigung erforderlichen Beiträge aufzunehmen. Die Arbeiterschaft wird aber auch diese schamlosen Pläne der Reaktion gegen das Koalitionsrecht der Betriebsräte vernichten.

Was wird ein solches Gesetz für Wirkungen auslösen? Dem Betriebsrat wird die Vertretung der Interessen des Unternehmers zugemutet. Er wird dazu verpflichtet, aber die Arbeiterschaft wird von dem Betriebsrat die Wehrung ihrer Interessen fordern. Das bringt den Betriebsrat in eine unmögliche Lage. Er kann weder die Unternehmer, noch die Arbeiterinteressen wahrnehmen. Das erstere wird er sowieso ablehnen, an letzterem wird er durch die im Gesetz befindlichen Fesseln gehindert. Was ist die Folge? Einmal ständige Konflikte zwischen Unternehmer und Betriebsrat, dann zwischen Betriebsrat und Arbeiterschaft, schließlich ständiger Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft. Diese Konflikte werden sich steigern und statt des erhofften wirtschaftlichen Friedens werden erbitterte Kämpfe kommen, die das Wirtschaftsleben noch mehr als bisher erschüttern.

Die gegenwärtige schwarz-gold-rosarote Regierungskoalition hat ihre Unfähigkeit bereits allzu oft erwiejen. Das deutsche Volk ist dabei immer tiefer ins Unglück gestiegen worden. Diese Unfähigkeit der Regierung und der Regierungsparteien muß schließlich zu einer Katastrophe führen. Das deutsche Volk sollte sich bald über den Ernst seiner Lage klar werden, es darf nicht schweigen, wenn seine Lebensinteressen der Erhaltung einer kleinen Kapitalistenklasse geopfert werden — wie es im Betriebsratsgesetz wieder einmal in die Erscheinung tritt. Wo bleibt die Partei des Herrn Ministerpräsidenten Bauer, der den Arbeitern "Hausherrenrechte" versprochen hat, die Idee des Kapitalismus verneinen wollte? Wo bleibt die rechtssozialistische Presse, die in dem Betriebsratsgesetz den Weg aus dem Dunkel ins Freie sah? Wo bleibt der Vorstand des deutschen Gewerkschaftsbundes, der doch wohl die Beschlüsse des X. Kongresses der Gewerkschaften vom Juli 1919 noch nicht vergessen hat? Es wird die höchste Zeit, daß sich alle Parteiorganisationen und Körperschaften, die sich als Schützer der Rechte der Arbeiterklasse betätigen wollen, mit noch weit größerer Energie als bisher aufpassen zum Kampf gegen dieses schmachvolle Gesetzwerk.

Es wird die höchste Zeit, daß sich die Arbeiter und Angestellten Betriebsräte schaffen, nicht zum Schutze des Kapitals, sondern zur Beseitigung der fluchbedenklichen kapitalistischen Wirtschaft.

### Dummheit oder Frechheit?!

Dem Hauptvorstand sind Belege zugegangen, aus denen zu entnehmen ist, daß Funktionäre des Verbandes die gedruckt versandte Resolution der Fraktion Haas ausgefüllt und an den Vorstand eingesandt haben, ohne daß die Mitgliedschaft oder die Ortsverwaltung Stellung dazu nahm.

So entstehen Protestresolutionen.

### Dem Zusammenbruch entgegen

Die Kurse des Geldes fast aller am Kriege beteiligten Staaten sind katastrophal gesunken. Für einen schweizerischen Franken zählt man in Paris 2,3 bis 2,5 französische Franken und in Berlin über 10 M. Der Kurs des französischen Francs ist heute auf den Stand des Kurzes der deutschen Mark am Schlusse des Jahres 1918 angelangt, während die deutsche Mark noch niedriger steht als der russische Rubel im vorigen Jahre, der damals nur ein Viertel des Nominalwertes eingeschätzt wurde. Die Wirtschaftslage Deutschlands wird somit heute auf dem Weltmarkt schlechter eingeschätzt als die Lage Rußlands vor einem Jahre. Das Jahr 1919 hat die Katastrophe auf dem Gebiet des deutschen Geldwesens gebracht und, wenn nicht alles täuscht, so wird das Jahr 1920 die gleiche Erscheinung in Frankreich sehen. . . . Der Bankrott Europas, der sich im Zusammenbruch der Geldwährung äußert, ist eben eine unabwendbare Erscheinung, die als Folge des Krieges eintreten muß. . . .

In der Tat, was bedeutet der Geldkurs? Unter normalen Verhältnissen ist er die Zahlung, die man für fremde Noten, Schecks, Wechsel usw. bietet, um mit Geld zur Zahlung eventueller Schulden ans Ausland zu scheitern. Deshalb hält sich in normalen Zeiten der Wert solcher Papiere nicht weit entfernt vom Goldwerte, den sie ausdrücken oder, wie man gewöhnlich sagt, von pari. Heute gibt fast kein Staat Geld ans Ausland, wenn er in besonderen Fällen nicht dazu gezwungen wird. Somit ist der Kurs von ausländischen Papieren völlig unabhängig von dem Goldwerte, den sie angeblich bezeichnen und wird ausschließlich vom Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bestimmt.

Die Sachlage ist nämlich die, daß das Papiergeld noch nicht selbständigen Wert hat, sondern bloß den inneren Warenwert abspiegelt, den man für dieses Papier eventuell haben könnte. Führt ein Land viel Waren aus, so braucht das Ausland an es häufig Zahlungen zu leisten, sucht darum nach dessen Zahlungsmitteln. Das Papier dieses Landes spiegelt dann den hohen Wert der Waren ab und wird tatsächlich hoch eingeschätzt. Umgekehrt ist es, wenn ein Land in der Hauptsache nur noch einführt, dem Auslande aber seinerseits an Waren nur wenig zu leisten vermag; dann muß der Kurs seiner Papiere auch niedrig sein, weil es keine Waren repräsentiert. Die Nachfrage nach Papiergeld oder Wechseln dieses Landes ist höchst gering, weil man dafür doch nichts bekommen kann und die Wertminderung der Papiere des betreffenden Landes ist eben darum niedrig.

Vor diesem Kriege konnten allerdings die reichen Industriestaaten mehr ein- als ausführen und trotzdem einen hohen Kursstand ihres Geldes aufweisen, weil sie vom Ausland an Zinsen, Zahlungen für Frachten usw. doch mindestens so viel zu fordern hatten, als der Einfuhrüberschuß betrug. Heute sind die ausländischen Guthaben längst dahin, da sie noch während des Krieges abgestoßen wurden; umgekehrt steckt die kriegsführenden Staaten tief in Schulden und ihre Zahlungsbilanz ist für sie auch in dieser Hinsicht höchst passiv. Sind doch die Ententeländer den Vereinigten Staaten bis Ende 1918 nicht weniger als 8589,5 Millionen Dollar schuldig, während vor dem Kriege Amerika Schuldner Europas war. Aber auch die kleine Schweiz beispielsweise hat den kriegsführenden nicht weniger als 600 Millionen Franken geborgt.

Noch schlimmer steht es aber mit der Ausfuhrmöglichkeit der vom Krieg heimgekehrten Staaten. Sie haben ihre Produktionskraft stark eingebüßt, sind von Waren entlöst und suchen nach Möglichkeit sich solche zu verschaffen. So stellt sich beispielsweise die Ausfuhr der Vereinigten Staaten Nordamerikas nach Deutschland seit Beginn des Jahres 1919 auf 31,7 Millionen Dollar, während die Einfuhr aus Deutschland doch bloß 2,7 Millionen betrug. Die Ausfuhr Deutschlands nach Amerika deckte somit bloß ein Drittel seiner Einfuhr.

Umgekehrt ist die Verschuldung Deutschlands ans Ausland ziemlich groß. A. Defer gibt die neutrale Valutaverschuldung auf 8 Milliarden Goldmark an, was bei dem heutigen Kursstand der Papiermark über 30 Milliarden bedeuten würde. Außerdem soll aber noch eine Notenschuld in der Höhe von 12 bis 15 Milliarden bestehen, die auf den Kurs des deutschen Geldes selbstredend stark drückt.

Es ist daher sicherlich mit einem dauernden Tiefstand des Geldkurses zu rechnen. Keine besseren Ausichten eröffnen sich auch für Frankreich. Der "Temps" vom 10. Dezember 1919 liegt darüber, daß die Erklärung W. Carter Glas, des Schatzsekretärs der Vereinigten Staaten, daß die Vereinigten Staaten außerstande seien, den Kurs der fremden Geldorten zu stabilisieren, einen geradezu gewaltigen Eindruck auf die nervösen Börsen gemacht habe. Wilsons Bemerkung, daß die Zeit für auswärtige Staatsanleihen unpassend sei, hat diesen Eindruck noch verstärkt. Der "Temps" bemerkt dazu, daß Europa und speziell Frankreich in der Hauptsache doch bloß langfristigen Warenkredit braucht. Allein, es ist doch ohne weiteres klar, daß die Unternehmer Amerikas in hohem Maße aus dieser Sachlage profitieren, daß sie aus dem niedrigen Kursstand der europäischen Papiere große Gewinne einheimen. Europa muß ihnen unheimliche Summen zur Abtragung der Kriegsschulden liefern; wichtiger ist es noch, daß der relativ günstige Kursstand des Dollars sie in die Lage versetzt, sich die Rohstoffquellen sowie die materiellen Produktionsmittel Europas anzueignen. Vor dem Kriege befand sich ein Teil der Eisenbahnen und Werke Amerikas im Besitz Englands und der kontinentalen Kapitalisten. Heute kaufen die Amerikaner die europäischen Werke und sogar Häuser auf. Frankreich gehört schon heute zu einem nicht geringen Teil den Amerikanern und in Deutschland hat dieser Prozeß jetzt ebenfalls eingesetzt.

Natürlich hat die Entwertung des Geldes in Europa auch ihre Schattenseiten. Dadurch wird nämlich der amerikanische Export nach Europa gehemmt, da die amerikanischen Waren in Europa fabelhaft teuer sind. Allein der Heißhunger Europas ist so groß, daß man diese Waren doch wird kaufen müssen. Auf jeden Fall ist das Bankkapital mehr an dem niedrigen als an einem hohen Kursstand des europäischen Geldes interessiert. Es erhält die europäi-

Altien für geringes Geld und köstet recht vorteilhaft die wertlosen amerikanischen oder anderen außereuropäischen Papiere ab.

In der Tat geht zugleich mit dem Unverkauf nicht allein Deutschlands, sondern auch Frankreichs gleichzeitig eine wilde Spekulation auf den europäischen Börsen mit den ausländischen Papieren vor sich, die wegen ihres Nennwertes hoch eingeschätzt werden.

Was die Geldentwertung für Europa bedeutet, bedarf eigentlich keiner besonderen Ausführungen: sie ist der kapitalistische Ausdruck des materiellen Verfalls Europas sowie dessen Erschöpfung und erschwert gleichzeitig außerordentlich seine Erholung und sein Neuaufleben.

Spezial für die deutsche Industrie ist es eine schwere Aufgabe, vom Ausland unter unfähigsten Bedingungen Rohstoffe zu erhalten, diese mit Zahlung von hohen Frachtpreisen hierher transportieren zu lassen, um sie zu Fabrikraten zu verarbeiten und wiederum nach dem Auslande abzugeben.

Die ist aus diesem Zustand herauszukommen? Es ist vor allem klar, daß der Außenhandel streng kontrolliert und reguliert wird und daß die Einfuhr nur auf die allerwichtigsten und unentbehrlichsten Gegenstände beschränkt werden muß.

Daß dieser Schritt sich mit unabweisbarer Notwendigkeit aus der jetzigen Lage ergibt, scheint auch den Regierungskreisen nicht ganz fremd zu sein, die aber nicht instande sind, sich dazu aufzuwerfen.

Laßt Euch nicht täuschen!

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands hat in seiner Sitzung vom 23. und 24. Dezember zu der Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

Sicherheitsmaßnahmen bei der autogenen Metallbearbeitung

(Auszug aus dem Bericht im Metallarbeiter-Verband (Beratungsausschuss Gewerkschaft) vom 21. Oktober 1919 von Professor Hermann Fichter, Leiter der Schweißschule an den Technischen Staatshochschulen in Hamburg.)

Was ist für den Schweißer bei der Arbeit an Flaschen mit hochdruckbetrieblen Sauerstoff abzuweichen zu beachten?

Die Antwort auf diese Frage gibt in kurzen Sätzen folgende Gebrauchsanweisung für Sauerstoff-Flaschen in Betrieben der autogenen Metallbearbeitung.

- 1. Gefüllte Sauerstoff-Flaschen dürfen nicht in der Nähe von Feuerstellen aufgestellt werden; sie sind auch vor Sonnenstrahlen zu schützen.
2. Aufrechtstehende Sauerstoff-Flaschen müssen so befestigt sein, daß ein Umfallen unmöglich ist.
3. Nach Entleeren der Gasflasche sind sämtliche Verschleißteile (Schweißventile) ohne ein geringes Restgas zu reinigen und die Flaschenventile durch abschließende Schweißarbeiten abzuschließen zu lassen.
4. Schweißgas und Verschleißteile sind an bestimmter Stelle aufzubewahren.
5. Ist der Dichtungsring am Einlegen in guten Zustand, so kann das Druckventil ohne weiteres geöffnet werden.
6. Das Flaschenventil ist langsam zu öffnen und darauf die Abgasmenge an Druckverlusten langsam auf den erforderlichen Druck bei geöffneter Brennerflamme einzustellen.
7. Bei Druckverlusten ohne Anzeichen von Leckagen sind die Verschleißteile so schnell ausgetauscht zu werden, daß man den Gasdruck auf den erforderlichen Wert bringen kann, bevor durch eine neue Öffnung für den

außerordentliche Zulage soll darum nach der Stoffzahl der vom Arbeitnehmer zu versorgenden, nicht selbst erwerbstätigen Familienangehörigen bemessen werden; sie soll jedem Arbeitnehmer — unabhängig von den Tarifverträgen — die Möglichkeit verschaffen, den durch die neue Verordnung hervorgerufenen Mehraufwand zu bestreiten.

Die Anhänger der Arbeitsgemeinschaften werden diesen Beschluß als einen großen Erfolg ihrer Politik buchen. Ohne Kampf ist auf dem Wege der Verhandlung der Arbeiterschaft eine Erhöhung ihrer Löhne von den Unternehmern zugeflogt worden.

Wir glauben aber auch nicht, daß sich alle Unternehmer dem Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fügen werden, zumal ja von keiner Seite ein Druck auf dieselben ausgeübt werden kann, auch den Arbeitern und ihren Organisationen kein Kontrollrecht zusteht.

Die Art, wie sich hier die Zentralarbeitsgemeinschaft betritt, von sich aus die Schraube ohne Ende der Löhnerhöhungen in Bewegung zu setzen, muß zum mindesten stark befremden, namentlich angesichts der unzulänglichen und auch der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht vorzuziehenden Lösung, daß die Aufwendungen für die Brotbeschaffung im Gesamtbudget des einzelnen nur eine höchst untergeordnete Rolle spielen.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands hat in seiner Sitzung vom 23. und 24. Dezember zu der Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands erkennt an, daß die Verteuerung dieser wichtigsten Nahrungsmittel von den Arbeitern und Angehörigen nicht getragen werden kann.

8. Eingeworfene Ventile sind mit heißem Wasser anzulassen.

9. Öl oder Fett darf nicht an die Ventile und Stutzen kommen. Sauerstoff in Verbindung mit Fett kann zu gefährlichen Explosionen führen.

10. Leere Gasflaschen sind dem Füllwerk sofort zurückzugeben.

11. Um zu erkennen, ob in einer Stahlflasche gebrauchsfähiger reiner Sauerstoff vorhanden ist, lasse man den Sauerstoff durch ein an das Flaschenventil angeschraubtes Rohrstück mit feiner Öffnung und Schweißblech in eine Schale mit Schweißblech treten.

12. Die gleiche Art der Untersuchung kann man auch bei Wasserstoff anwenden. Sauerstoff und Wasserstoff bilden Wasserstoff, so daß bei dieser Untersuchung keine Gefahr besteht.

Es ist nun wiederholt bei Druckverlusten mit Gasdruckmangel festgestellt worden, daß der Regel für entleerte und gefüllte Gasflaschen an Ventilen hervorgerufen hat. Eine solche

In obiger Entschließung des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft hat der Vorstand Stellung genommen und ist zu folgender Beschlusse gekommen: Unsere Organisation gehört der Arbeiterschaft an; ein Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat an dem vom Bundesvorstand erwählten Entscheidungsgremium teilgenommen. Unsere Organisation muß sofort alles tun, um die fortgesetzte steigende Verteuerung im Lande durch entsprechende Lohn-erhöhungen auszugleichen.

Die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung

Lehrt als Forderung in einer Anzahl Resolutionen wieder, die ausschließlich der Berichterstattung vom Stuttgarter Verbandstag gefaßt worden sind. Und womit wird diese Forderung jumeist begründet? Es handelt sich zweifelsohne um die Freisetzung der grundsätzlichen Beschlüsse des letzten Verbandstages, um die Wiedereinsetzung zur Politik der Generalkommission (jetzige Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) und der früheren Verhandlungsinstanzen, um eine andere Besetzung der Vorstandsposten, der Redaktion usw.

Entzündung kann entstehen, wenn das Flaschenventil plötzlich geöffnet wird. Der herausströmende Sauerstoff preßt dann den zwischen Flasche und Druckventil sich befindenden entspannten Sauerstoff so stark zusammen, daß die entstehende hohe Kompressionenergie eine Entflammung des Dichtungselements verursacht. Da der nachtretende Sauerstoff eine lebhafte Verbrennung nährt, so wird sehr leicht auch das umgebende Eisen und Messing an der Verbrennung teilnehmen.

Kollegen in einer der Großstädte auch gleichzeitig einen Fortschritt für ihn darstellt und die Opfer, die die Kämpfenden in oft mehr langwöchentlichen Kämpfen gebracht haben, auch für ihn auf dem platten Lande mitgebracht werden sind. So ist es und die werten Kollegen, die jetzt von Ost zu Ost pilgern, um über die „bösen Berliner“ zu klagen, die soviel Geld verstreuten, die sollten unseren Kollegen auch einmal erzählen, wie groß die persönlichen Opfer sind, die jeder einzelne der Streikenden in dem letzten großen Kampf auf sich genommen hat. Davon aber schweigt das Schandgesetz.

Und ein anderes noch. Die Mehrheit der Generalversammlung klagt man an, weil sie die Erwerbslosenunterstützung nicht erhöhte. Warum aber schweigen sich die gleichen Kollegen so sehr aus gegenüber dem staubalben Vorgehen der Reichsregierung, das seit nunmehr 7/8 Jahren dahin geht, die kranke Arbeiterklasse zu machen, um die den Erwerbslosen im Winter 1918/19 gewährten öffentlichen Unterstützungen zu reduzieren. Um die „Arbeitsluft“ der Erwerbslosen „anzuregen“, wurden von der Regierung die Reichsfrage ab 1. April 1919 wesentlich reduziert und diejenigen Stadtverwaltungen, die diese Reduzierungen nicht mitmachen wollten, wurden durch das Preßmittel, das ihnen sonst der Reichsausschuss völlig entzogen würde, dazu gezwungen. Und das alles in Zeiten zunehmender Teuerung.

Neuerdings gehen die Ankündigungen dahin, daß im Schöße der Regierung eine Gesetzesvorlage vorbereitet wird, die die bisherige Unterstützung der Erwerbslosen auf eine ganz neue Grundlage stellt. Danach soll die jetzige Unterstützungsform der Erwerbslosen überhaupt beseitigt werden und an ihre Stelle eine Arbeitslosenversicherung treten, deren Mittel je zur Hälfte aus Beiträgen der Arbeiter und Unternehmer aufgebracht werden sollen, während Reich und Kommune je ein Viertel der von Arbeitnehmern und Arbeitgeberinnen aufzubringenden Summe zusammen als Zuschuß leisten sollen. Das heißt mit anderen Worten, daß die Ausbringung der Mittel zur Unterstützung für Erwerbslose in Zukunft zu einem wesentlichen Teil auf die Arbeiter selbst abgewälzt werden sollen. Sogar kommen eine Reihe von Bestimmungen, die den Bezug der Unterstützung erschweren sollen. Gegen solche Pläne auf das schärfste mit Front zu machen, wäre eine weit dankbarere Aufgabe der Kollegen, als scharf zu machen gegen die Mehrheit der letzten Generalversammlung und ihre in Sachen der Erwerbslosenunterstützung gefassten Beschlüsse.

Es ist schon äußerst gewagt, annehmen zu wollen, daß mit der gekennzeichneten Art eines Vorgehens zur Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung den Interessen des Verbandes gedient wäre, um wieviel weniger noch, wenn man die verschiedenen gedruckten Zirkulare und Flugblätter betrachtet, die zur „Information“ verschickt werden. Da fällt man in einem Flugblatt unter der Überschrift „Das Jahresgespräch des neuen Vorstandes“ über das bekannte Zirkular des Vorstandes anlässlich des Berliner Streiks her; in einem zweiten Zirkular wird ein Brief des Kollegen Brümmer-Mannheim „ausgehört“ und vermerkt, daß es zweckmäßig sein dürfte, vorerst von dem Inhalt „nach außen hin nichts verlauten zu lassen, sondern erst auf einer Bezirkskonferenz im gegebenen Augenblick damit auf den Plan zu treten“ um. So lautet wörtlich der Mandatentwurf des „Beauftragten der F. G.“ (des Fraktion Haas). Ein drittes Zirkular gelangte vom „Obmann der Fraktion Haas des 7. Bezirks“ zum Versand. Darin heißt es u. a.:

„Es wird schließlich auch notwendig sein, einige Geldmittel aufzubringen, um, wenn es notwendig wird, Kollegen in den einzelnen Städten zusammenzuholen und zu den verschiedensten Fragen Stellung zu nehmen. Vor allem ist es aber notwendig, die Verbindung aufrecht zu erhalten, damit wir bei den zukünftigen Wahlen sofort informiert werden, welcher Richtung die Kandidaten angehören, damit vor den Konferenzen Klarheit besteht, wie die Zusammenfassung wird“ usw.

Die ganze Aufmachung, das planmäßige Vorgehen, die Aufbringung besonderer Geldmittel usw. muß den Kollegen im Lande zeigen, woran sie sind. Und es wird unsere Kollegen des weiteren veranlassen, ihrerseits auf dem Posten zu sein, in den weitesten Kollegentreisen restlose Klärung zu schaffen und dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse des letzten Verbandstages von der erdrückenden Mehrheit der Kollegen im Lande getragen werden und das Geschrei nach einem außerordentlichen Verbandstage zwecks Beseitigung der Stuttgarter Beschlüsse auf seinen wahren Wert zurückzuführen.

### Die christliche Metallarbeiterbewegung und ihre Kampfesmethoden

Wahrheit ist die höchste christliche Tugend. Dem wahren, gläubigen Christen ist Lüge, Heuchelei und Verleumdung streng verpönt. Jesus Christus, welcher für seinen Glauben starb, bewies der Menschheit, was Wahrheit bedeutet. Anders handelt heute ein Teil seiner Anhänger, aber im ganz besonderen der christliche Metallarbeiterverband mit seinem Organ „Der deutsche Metallarbeiter“.

Die Bäume des christlichen Metallarbeiterverbandes sind nie sonderlich hochgewachsen gewesen. Es gab Zeiten, wo die Christlichen hehrte waren, den Menschen als das hehrte Gebilde der Schöpfung zu schätzen und ganz besonders den Armen, den Waisen und Unterdrückten ein Freund und Helfer zu sein. Als dann die christlichen Organisationen der Arbeiter ins Schlepptau der Unternehmer gebracht und sie als Schutztruppe des religionswidrigen Geldgottes gebraucht wurden, traten die aufrechten und ehrlichen Kämpfer der Mühselig und Beladenen zu den freien Arbeiterorganisationen über. Seit dieser Zeit ist der christliche Metallarbeiterverband nur eine gehäufte und gepflanzte Unternehmerrpflanze geworden. Das dies nicht föderlich auf die Entwicklung der Organisationen gewirkt ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Ihr Einfluß auf die Arbeitermassen wurde geringer, was wiederum zur Folge hatte, daß die Unternehmer ihre offene Hand zurückzogen, ihnen die so dringende nötige Hilfe verweigerte. So ging es rüchwärts mit ihnen. Vor dem Kriege wie auch heute noch machen sie Terrorismus, den angeblich die roten oder sozialdemokratischen Verbände gegen die Christlichen äben, verantwortlich für ihren Verfall. Die Prozesse gegen Arbeiter sind ja noch im Uedächtnis. Es genügt, ein christliches Schächten mal schief anzusehen oder ein auch nur wenig gemeintes Wort gegen sie zu gebrauchen, um einen Terrorismusfall daraus zu konstruieren. Die Revolution ging nicht spurlos an der christlichen Organisation vorüber, nicht, daß nun die christlichen Verbände revolutioniert und auf den Boden einer aufrechten Arbeiterorganisation gestellt worden wären, sondern der denkende Teil der religiös gewonnenen Arbeiterschaft stellte sich auf die Seite des Klassenbewußten Proletariats. Ihre Glaubensfreiheit war ihnen unter der sozialistischen Arbeiterschaft gestrichelt, da diese den Grundpfeiler der Religion in Privatangelegenheiten vertrete. Diese Entwicklung machte den Übergrößen schwere Sorge. Wohl haben sie zahlenmäßig Anteil an dem Aufschwung der Organisationen als Folge der Revolution, nur mit dem Unterschied, daß die rückwärtlichen und feindselig gewonnenen Teile der Arbeitermassen sich dort zusammengefunden haben. In der jetzigen politischen Situation wütern sie Neugier, krankehaft verjagen sie nun neue Schächten um ihr verlassenes Banner zu fähren.

Ganz besonders haben sie es auf die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abgesehen. Glauben sie doch, daß die Streitfragen im Metallarbeiter-Verband ihnen den Mittelglieder gewachsen werden. Durch die wirtschaftliche Lage sind sie gleichfalls gezwungen, ihre Verbandsbeiträge zu erhöhen, und zwar höher als es beim Deutschen Metallarbeiter-Verband der Fall war. Um nun zu verhindern, daß Übertritte ihrer Mitglieder nach dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande erfolgen, eröffnen sie einen wütenden, gemeinen Kampf gegen unseren Verband. Mit den gemeinsamen Lügen und Verleumdungen operieren sie, sie fasseln von einer Sanftmütigkeit in Stuttgart. Um nicht vorhandenes zu beweisen, bringen sie es fertig, Äußerungen der sozialdemokratischen Presse über die Verbandsverhältnisse und den Berliner Streik auf dem Zusammenhang zu

reißen und zu verdrehen. Die Verbandsleitung in Stuttgart belegen sie mit folgenden Niederträchtigkeiten: „Wohin also die Taktik solcher gewerkschaftlicher Gefahrdeure führt, ist klar und einleuchtend. Die Arbeiter, die in die ersten dieser angeblichen Kampfschlänge hineingezogen werden, erhalten hohe Unterstüngen, die nachfolgenden — die vielleicht berechtigterweise zu kämpfen gezwungen sind — haben das Nachsehen. Diese Finanzpolitik führt dahin, daß entweder die Unterstüngen getürzt und die Beiträge erhöht oder aber die richtige Interessensvertretung der Arbeiter im Dreieck liegen bleibt.“

Besonders aus dem Berliner Streik versuchen sie Vorteile für sich herauszuholen. Die Streikleitung beehren sie mit Liebligkeiten, nachdem sie wiederum versucht, die sozialdemokratische Presse zu zitieren: „So sprangen die Demagogen mit der Berliner Metallarbeiter-Schaft um und diese war dummg und eselig genug, sich vor den politischen Karren der U. S. P. spannen zu lassen, um diesen Dunkelmännern Vorhieb zu leisten. Jetzt hat der mit politischen Endmotive angeführte Streik ein Ende. . . . Das alles ist die Frucht der ultrarevolutionären Gedanken, wie sie jetzt in der Zeitung des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes herumspulen. So können wir weitrevolutionären Faselhans, der nicht einmal das gewerkschaftliche ABC kennt, dankt der Berliner Streik ein Schritt weiter zur Diktatur des Proletariats.“ Zammerlich haben diese gewerkschaftlichen Grünfinten mit den Idealen und Groschen des Proletariats gewirksamkeit.“

In diesem Tone füllen sie eine ganze Nummer ihrer Presse. Alles, was der Deutsche Metallarbeiter-Verband beschließt und unternimmt, ist nach ihrer Meinung getragen von einer „partakistischen Partakistik“ und einer arbeitereindlichen Bankrotspolitik“. Nur ihr, der Christliche Metallarbeiter-Verband ist berufen, das Proletariat einer neuen glücklichen Zukunft entgegenzuführen, dies ist die Quintessenz ihrer Lügenfanonade.

Glauben nun die Christlichen, aus dem Meinungsstreit im Metallarbeiter-Verband Vorteile ziehen zu können, so sind sie auf dem Holzwege. Aber die Taktik sind Meinungsverschiedenheiten vorhanden, die neuen Wege sind kritisiert, sind bekämpft worden, und so manche Kritik ist über das gebührende Maß hinausgegangen, aber über das Ziel des Kampfes herrscht Einigkeit. Das Ziel ist die Befreiung des Proletariats von kapitalistischer Ausbeutung und jeglicher Unterdrückung. Die einen hoffen den Sozialismus mit den Unternehmern zu erreichen und andere ohne dieselben als das Wert des Proletariats selbst. Fester denn je stehen heute die in Deutschen Metallarbeiter-Verbande organisierten Massen ihren Feinden gegenüber, entschlossener ist ihr Wille zur Befreiung, mutiger werden sie allen sich hindern in den Weg Stellen entgegenzutreten, auch den Hinterlistigen. Darum, ihr lieben Christlichen, laßt eure Hoffnung sinken. Unser die Welt trotz alledem.

### An alle, die es angeht

Seit Kriegsbeendigung haben fast alle Gewerkschaften über bedeutende Mitgliederzunahmen zu berichten. Verwaltungstellen müssen ausgebaut und neue errichtet werden. Keine Nummer unserer Zeitung erscheint, in der nicht Verwaltungsbeamte gesucht werden, und in jedem der Gesuche kommt uns immer wieder die alte bekannte Bedingung zu Gesicht:

„Reflektiert wird nur auf eine erste Kraft, mindestens fünfjährige Mitgliedschaftsdauer usw.“ Schreiber dieses, der dem Verbands länger als 25 Jahre, daneben auch noch 13 Jahre seiner Berufsorganisation angehört, hat während dieser Zeit so manchen „Wojnen“ mit angefaßt, ist auch selbst „versorgt“, so daß er nicht in den Verdacht kommen kann, in persönlichen Interesse zu sprechen. Nach diesen Voraussetzungen erlaube ich mir daher einmal ein offenes Wort an die, die mit der Anstellung von Angestellten des Verbandes zu tun haben. Was stellt ihr euch jetzt unter einer „ersten“ Kraft vor, nachdem der Bedarf an solchen „ersten“ Kräften in neuer Zeit in geradezu unheimlicher Weise gestiegen ist. Ist zum Beispiel die Förderung eines fünfjährigen Mitgliedschaftsnachweises genügende Bürgschaft oder ein schon aufgebauten, in formvollender Weise gehaltenes Referat über die „Aufgaben eines Verwaltungsbeamten“? Ich meine, wir werden unsere Ansprüche in beiden Stücken auf absehbare Zeit bedeutend zurückschrauben müssen, wenn wir nicht auf das einzig richtige Mittel zurückkommen, unsere Kollegen selbst zu Verwaltungsbeamten zu erziehen, und zwar möglichst aus der Mitgliedschaft am Orte. Das eine steht fest, und meine Erfahrungen bestätigen mir das: der Kollege am Orte, der die Verhältnisse aus eigenem Miterleben und eigener Mitarbeit kennt, der die Unternehmer am Orte und ihre Taktik kennt, wird sich viel leichter einarbeiten als ein noch so tüchtiger Kollege von auswärts, der immer erst einer geraumen Zeit bedürfen wird, ehe er auf dem Laufenden ist. Und noch ein. Von den Kollegen am Orte kennt man seine bisherige Tätigkeit aus eigener Anschauung und kann danach schon beurteilen, ob er sich zu den vorgegebenen Arbeiten eignet, während man bei den auswärtigen lediglich auf die Empfehlungen angewiesen ist, die sie aufweisen und auf den Eindruck, den sie bei ihrer persönlichen Vorstellung in der Mitgliederbeziehungsweise in der Vertrauensmänner-versammlung machen.

Nun kann mancher ein tüchtiger Versammlungsbredner sein und doch kein organisatorisches Talent haben und umgekehrt. Ist es mir doch selbst einmal vor etwa 18 Jahren passiert, als ich mich um eine Stelle als Verbandsbeamter bewarb, daß einer meiner Mitbewerber (aus dem Rheinlande) ein von einem andern Kollegen angefertigtes Bewerbungsschreiben einreichte. Allerdings ohne Erfolg, denn die Anstellungskommission hatte Wind davon bekommen und den Kollegen nicht einmal zur engeren Wahl zugelassen. Wie mancher Kollege zeigt oft schon nach kürzerer als fünfjähriger Mitgliedschaft eine beachtenswerte Tätigkeit und Geschick zum selbständigen Handeln, er traut sich aber aus falscher Bescheidenheit nicht heraus, und weil er sich sagt, es ist ausüchtlos, da er ja die Bedingung nicht erfüllt. Eine gewisse Zeit zur Kenntnis unserer Verbandsrichtungen ist erforderlich, dazu braucht man aber nicht fünf Jahre. Also fort mit Schema F und der Ansicht, daß der Prophet in eigenen Vaterlande nichts gilt. Die nötige Schulung erhalten begabte Kollegen, die in den Vertrauensmännerkörpern arbeiten, dort genügend. Aus ihnen suche man die begabtesten aus, bilde sie eventuell auf Verbandsstellen weiter aus, und man wird im Bedarfsfall einen Stamm von Verwaltungsbeamtenkandidaten haben, unter denen sich auch „erste“ Kräfte befinden dürften.

Deshalb, Kollegen, ran ans Wert! Unsere Zeit braucht Männer, und der Verbleib in unserer schnelllebigen Zeit ist groß. Wenn wir uns unsern Nachwuchs nicht selbst heranzubilden, schädigen wir uns und unsere Nachkommen. Eduard Schmidt, Coburg i. S.

### Metallarbeiterlöhne in Belgien

Der Belgische Metallarbeiterverband ist effrig befreit, die fargen Löhne wenigstens annähernd auf die Höhe der Lebensmittelpreise zu bringen. Dieses Streben ist von wechselndem Erfolge begleitet. Am günstigsten scheint noch die Brüsseler Ortsgruppe, deren Gebiet sich weit über die Hauptstadt hinaus erstreckt, gewirkt zu haben, was wohl mit demal juristischzuführen sein mag, daß sie die Lohnbewegungen methodisch betreibt. Es ist ihr die letzten Wochen der Abschluß von Lohnverträgen für eine Reihe Betriebe der Metallindustrie gelungen, und zwar zuerst für die Glattirier, dann für die Klemperer, denen die letzten Novemberverträge die Kupferschmelze, Formner und Maschinenbau folgten. Bei allen diesen Vertragsabschlüssen wurde folgender Grundgedanke beobachtet: Die gelernten Arbeiter werden in drei Gruppen eingeteilt, für deren jede ein Mindestlohn bestimmt wird, die Arbeitswoche hat nicht über 40 Stunden zu betragen und muß den freien Sonntagsnachmittag enthalten. Der Lohn ist für die Woche zu zahlen; falls Stückerbeit, ist der Zeitlohnlag gewährleistet. Die Bestimmungen, die die nationale Lohnkommission für Maschinenbau für die Lehrlinge aufgestellt hat, sind wörtlich in die Verträge der oben genannten Gruppen aufgenommen. Danach hat der Lehrling bei Beginn der Lehrzeit nämlich 25 Centimes (20 Kr.), 25 nach sechs Monaten und 75 nach zweijährigem Besuch der Gewerkschule zu erhalten. Eine achtjährige

Kommission, die gleichmäßig aus Arbeitern und Unternehmern gebildet ist, hat alle Streitigkeiten, die wegen der Einreihung in die verschiedenen Klassen entstehen können, zu regeln, kann aber einen Entscheid nur bei Zustimmung beider Seiten fällen. Die Verträge gelten bis zum 1. Januar 1920, können aber bis zum 1. April verlängert werden, falls die Inhaber des Ministers für Rationierung der Lebensmittel nicht eine größere Erhöhung der Lebensmittelpreise als 275 v. G. über die Sätze von 1914 anzeigen.

Die Lohnsätze schwanken von Gruppe zu Gruppe. Im Maschinenbau beträgt der vertragliche Mindestlohn 1,80 Franken für den besten Arbeiter, 1,50 für den mittelmäßig befähigten und 1,25 bis 1,40 Fr. für den andern. Der Satz der Halbgelernten pendelt zwischen den Frankzahlen 1,20 und 1,40, der der Tagelöhner zwischen 1 und 1,25. Bei den Kesselschmiedern und Formnern sind die Sätze etwas höher. Hier erhalten die gelernten Leute, gleichfalls in drei Klassen eingeteilt, 1,75, 1,60 und 1,50 Fr.

Die Gewerkschaften versuchen die alte Gewohnheit, ne von auswärts mit der Bahn kommenden Arbeiter bis zum Abgang des Tages bei der Arbeit zu halten, vertragsmäßig festzulegen, was gegen die Gewerkschaft auf gleichmäßigem Arbeitslohn bezug, was schließlich auch durchgesetzt wurde. Diese für Belgien sicher, beträchtlichen Verbesserungen der Löhne konnten ohne Arbeitsmehrerlegungen erzielt werden.

### Zur Schmiedekonferenz

Achtung, Kesselschmiede! Zur bevorstehenden Schmiedekonferenz möchte auch ich einige Zeilen an meine Kollegen im Reich richten. Wie stellen wir uns zur Konferenz? Macht auf, Kollegen, und zeigt, daß auch unser Berufsweig noch existiert, denn bis jetzt habe ich noch niemals eine Zeile von Kollegen gelesen, das zeigt sich als eine große Lücke bei den Kesselschmiedern. Denkt an die Reichskonferenz, wo auch unsere Interessen vertreten werden sollen, um endlich mal was Einheitsliches zu schaffen. Kollegen der Großbetriebe, nehmt auch der kleineren Betrieben an, damit endlich die Schmutzkonturrenz der kleineren Betriebe ausgeschaltet wird. Sammelt Statistiken über Lohnverhältnisse und Montageausstellungen, um Vergleiche zu haben. Tragt Sorge und unterstützt unsere Lehrlinge, helft ihnen das Handwerk gründlich zu erlernen. Möge die Schmiedekonferenz auch den Kesselschmiedern Vorteil bring-n. Robert Kollowski, Kesselschmied, Hannover-Vindern.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung ist die Verteilung des Verdienstes zwischen Schirmeister und Helfer. Wir haben bereits Fragebogen und einen Vorschlag ausgearbeitet, der hiermit zur Diskussion steht. Wir sind der festen Überzeugung, daß wir mit dem Vorschlag eine Plattform gefunden haben, die wir gemeinsam mit den Kollegen des Reiches betreten können. Wir schlagen vor: Der Unterschied soll zwischen Schirmeister und Helfer nicht mehr als 30 % pro Stunde betragen. Ebenso muß die Konferenz endlich den Schirmeister und Stodgesellen gleichstellen, die hier nach üblichen Unterschieden müssen endlich wegfallen.“ In den 4 größten Berliner Lokomotivfabriken wurde dieser Vorschlag sympathisch aufgenommen. Kollegen im Reich, würdigt den Vorschlag unter dem Gesichtspunkt, daß auch wir Schmiede das alte Rückwärtige abstreifen, wir müssen mit der Zeit gehen. Von einer Gleichstellung kann noch nicht die Rede sein, da in unserm Beruf die Leistungen zu verschieden sind. Darüber muß noch besonders gesprochen werden. Beschließt die Konferenz nach diesem Vorschlag, so muß er in den Tarif gebracht werden. Gegenwärtig erhält in Berlin bei der Verteilung der Helfer 9 vom Hundert bei einem Mehrverdienst des Schirmeisters von wesentlich 25 %. Nach dem Vorschlag würde der Mehrverdienst auf 16 % herabgedrückt. Der ziffermäßige Verdienst des Schirmeisters darf natürlich nicht geringer werden. Der Verdienst des Schirmeisters bleibt, um ein Beispiel anzudeuten, bei der alten sowie auch der neuen Verrechnung 180 M.; der Verdienst des Helfers beträgt nach der alten Verrechnung 155 M., nach der neuen Verrechnung 165 M. Das erfordert eine Erhöhung der Preise um 8 Prozent. Bei der bekannten Hartnäckigkeit der Unternehmer wird das natürlich hier und da Gegenstand von Kämpfen werden, die wir, wenn es sein muß, aufnehmen. Die Konferenz sollte zur Helferfrage kurz aber bestimmt erklären: „Solange die Nachweise genüge gelernte Schmiede aufweisen, dürfen nur solche eingestellt werden. An Orten, wo Mangel an Schmieden herrscht, sollen ungelern, die sich dazu eignen, eingestellt werden, sobald sie das Gleiche leisten, müssen sie auch gleiche Bezahlung erhalten.“ Über die Ausbildung von Lehrlingen und die Bewegung unter den Meistergesellen wäre wohl unter Punkt 1 zu reden. Zu dem Vorschlag des Kollegen Bagh (Stuttgart) will ich bemerken, daß das Referat über die Sozialisierung von einem Wissenschaftler gehalten werden sollte. Ferner der Schmiedeverhältnisse sowie auch Kollege Bagh kommen in der Diskussion zum Wort. Beim Hauptvortrag habe ich dazu den Prof. Hülshoff vorgeschlagen. Als Tagungsort schlage ich Stuttgart oder Nürnberg vor. Arthur Köhler.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Streitmer zu vermeiden und eine geregelte Vertragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 18. Jan. 1920 der 4. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Januar 1920 fällig ist.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 8 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragsleistung
	I	II	III	
Münchener . . . . .	80	10	10	1. Beitragsw. 1920
Dachau . . . . .	80	15	10	1. 1920
Ferdinandshof . . . . .	20	15	10	1. 1920
Zess . . . . .	20	10	—	1. 1920
Kemnat a. S. . . . .	80	20	15	1. 1920
Zettlingen . . . . .	80	20	10	1. 1920
Wrietzau . . . . .	10	10	5	1. 1920

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung natutarischer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bremerhaven: Der Schmied Georg Gausepohl, geb. am 16. August 1871 zu Verden, eingetretten am 9. Febr. 1919 zu Bremerhaven auf Mitgliedschaftsausweis Nr. 28962, wegen Denunziation. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Oberhausen: Der Schlosser Wilhelm Kraft, geb. am 16. Juni 1864 zu ?, Mitgliedschaftsausweis Nr. 45325, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Rückzahlungen zu rechtfertigen.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle Leipzig:**  
Der Metallarbeiter Heinrich Hüber, geb. am 24. Mai 1898 zu Hof, Buch-Nr. 8,104207, wegen Unterschlagung von Streifenmaterial.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle München:**  
Der Lechner Josef Lamm, geboren am 30. April 1890 zu Palenau, Buch-Nr. 2,178285, wegen Nichtablieferung eines Buches aus der Gewerkschaftsbibliothek.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle Posen:**  
Der Gerichtsrat Richard Galonska, geb. am 29. Dezember 1880 zu Gleiwiß, Buch-Nr. 2,777180, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

**Gestohlen wurden:**  
Mitgliedschaftsausweis-Nr. 818709, lautend auf den Schmied Karl Radow, geboren am 24. Oktober 1898 zu ?, eingetreten am 18. Juli 1919 (Fürstenberg i. Medlbg.).  
Buch-Nr. 2,848798, lautend auf den Glasarbeiter Gustav Jellmer, geboren am 27. Juli 1864 zu Betersdorf (Neumünster).  
Buch-Nr. 2,808289, lautend auf den Schlosser Edwin Perlich, geboren am 8. April 1901 zu Betersdorf (Betz).

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

**Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalten:**

von Wandarbeiten und Orthopädiemechanikern nach Kassel L.;  
von Drehern nach Alshersleben (Sa. R. Wolf) D.; nach Soest (Sa. Rühemeyer) D.;  
von Formern und Gieberei-Hilfsarbeitern nach Soest (Sa. Rühemeyer) D.;  
von Gelbmetallarbeitern nach Gannstatt (Sa. Pfeiffer) D.;  
von Graveuren (Relief-) nach Heydt (Sa. Fern. Schüt U.G.) D.;  
von Instrumementmachern nach Kassel L.;  
von Kesselschmiedern nach Soest (Sa. Rühemeyer) D.;  
von Klempnern und Installateuren nach Wiberach a. N. L.;  
nach Greifswald i. Pommern (Sa. Alfred Ruhn) M.;  
von Metallarbeitern nach Alshersleben (Sa. R. Wolf) D.; nach Braunschweig (Automobilfabrik H. Büßing) St.; nach Bremen L.; nach Grailshelm St.; nach Danzig D.; nach Dortmund L.; nach Gumbinnen v. St.; nach Görde i. B. und Umg. L.; nach Lindau D.; nach Magdeburg (Sa. Mühlstephan, Drahtzieherei) D.; nach Thorn St.; nach Weimar M.;  
von Metalldruckern und Schleifern nach Arnstadt i. Thüringen (Sa. H. Engelhardt) L.;  
von Schmitt- und Stangenbauern, Schlossern, Drehern und Schlagschneidern nach Zwickau (Sa. Hob. Kottsch) L.;  
von Werkzeugmachern nach Vallendar (Sa. Joh. Krud) L.;  
von Zinnlegern nach Regensburg (Sa. Eugen Wiedemann) M.  
L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

**Metallarbeiter.**

**Stingen.** Eine am 14. Dezember stattgefundene Mitglieder-versammlung nahm Stellung zum Betriebsrätegesetz. Es wurde mitteilt, daß die Vertreter der Arbeiterschaft bei diesem wichtigen Gesetz sich zu Kompromissen verleiten ließen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige sehr stark besuchte Metallarbeiter-versammlung protestiert in allerhöchster Form gegen die Verhandlung des Betriebsrätegesetzes, welches den Arbeitern nur ganz obligatorische Rechte einräumt. Die Versammlung verlangt deshalb vom Vorstand des Verbandes, dieses Kompromißbetriebsrätegesetz mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.“ Ferner wurde gewünscht, daß der Vorstand bei Neuabstufen von Tarifverträgen dahin wirken solle, die Altersgrenze von 25 auf 21 Jahre herabzusetzen. Dadurch würde manche unliebsame Nebenbei unter den Kollegen vertrieben.

**Friedrichshafen.** Eine stark besuchte Gewerkschaftsversammlung protestierte einstimmig gegen die Berufung des früheren kaufmännischen Betriebsleiters Schlichting in das Reichskommissariat zur Ausführung und Aufsicht in den zerstörten Gebieten. Herr Schlichting habe während des Krieges die Kollegen der Firma „Motorenbau Maybach“ in rücksichtsloser Weise unterdrückt und ihre Wortführer gemordet. In nicht ganz einwandfreier Weise habe Herr Schlichting seinen Posten bei genannter Firma verlassen müssen. Nach der Meinung der Friedrichshafener Arbeiterschaft ist dieser Herr der ungeeignete für diesen Dezerentenposten, überdies eine Gefahr für die dort Beschäftigten. Die Arbeiterschaft ist empört über die Handlungsweise dieses Herrn und würde es nicht verstehen, wenn das Reichskommissariat diesen Protest nicht anerkennen wollte.

**München.** In den letzten Wochen gingen der Ortsverwaltung München verschiedene Anfragen zu, aus welchen zu entnehmen war, daß die Kollegen im Reich des Glaubens sind, als ob die Münchner Kollegen betreffend Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen im reinsten Schlaraffenland leben. Es ist ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß von einer gewissen Presse versucht wird: erstens in die deutsche Arbeiterschaft Zwietracht und Eifersucht hineinzubringen und zweitens den Münchner Metallarbeitern die in anderen Ländern erreichten, nur halbwegs annehmbaren Lebensbedingungen freitrag zu machen. Wie es in Wirklichkeit in München aussieht, sei hier etwas beleuchtet, und soll den Kollegen im Lande ein Bild geben von den Kämpfen der organisierten Metallarbeiterschaft gegen die Kapitalisten. Am 7. April 1919 schlossen die bayerischen Metallarbeiter in Nürnberg einen Kollektivvertrag mit den bayerischen Industriellen ab, der für die damalige Zeit einigermaßen annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen enthielt. Unter anderem hatten wir für ganz Bayern die 44-Stundenwoche durchgesetzt. Die Löhne betragen für:  
Facharbeiter . . . 1,70—2,40 M. dazu Zulage von 10—35 % d. St.  
Ungelernte . . . 1,50—2,20 „ „ „ „ 10—25 „ „ „  
Ungelernte . . . 1,50—2,10 „ „ „ „ 10—25 „ „ „  
Arbeiterinnen, angel. 0,90—1,40 „ „ „ „ 5—15 „ „ „  
„ „ „ „ „ „ „ „ „ 5—15 „ „ „  
Man werden viele Kollegen und Kolleginnen denken, daß das ganz gute Löhne seien. Sie vergessen aber oder wissen es nicht, daß München das Eldorado der Kriegsgewinnler und sonstigen Drohnen der menschlichen Gesellschaft ist. Und was das heißt, werden die Kollegen wissen, die schon einmal das zweifelhafte Vergnügen hatten, in einer Gegend zu leben und zu arbeiten, wo dieser Auswurf der Menschheit seine Orgie feiert. Sie werden wissen, daß in allen solchen Orten wohl die Schlemmer und Geldsackhändler gut und in Hülle und Fülle leben können, niemals aber das schaffende Volk. Nachdem nun also der Tarifvertrag bereits am 7. April abgeschlossen war, hat es noch bis zum 20. Mai gedauert, bis derselbe vom Reichsarbeitsministerium als rechtsverbindlich erklärt wurde. Nun glaubten die Metallarbeiter, wenn der Vertrag Gesetzeskraft habe, sei es selbstverständlich, daß derselbe auch zur allgemeinen Durchführung gelange. Wir hatten aber ganz vergessen, daß Gesetz nur für die Proletarier zum Inhalt haben, nicht auch für die großen Herren. Diese Leute sichern sich den Teil des Gesetzes, jezt weniger denn je. Mit wenig Ausnahmen mußten wir bereits in jeder einzelnen Stunde um Anerkennung desselben herumpfeilen. Welch ein Geschrei würden wohl die Herrschaften vollführen, wenn es den Arbeitern einfallen würde, auf die Gesetze zu pfeifen. Die Postenbesitzer wären schon lang mit Handgranaten und Maschinengewehren aufmarschiert und hätten den verfluchten „Spartakisten“, wie am 1. Mai, ein Blutbad bereitet, um ihnen beizubringen, daß die Gesetze dazu da sind, um gehalten zu werden. Durch die rasende Steigerung der Preise aller zum Lebensunterhalt nötigen Bedarfsartikel waren nun diese Lohnsätze schon längst wieder überholt. Es wurde nötig, dieselben mit der Zenerung wieder einigermaßen in Einklang zu bringen. Zuerst haben die Herren Unternehmer nichts mehr und nichts weniger verlangt, als daß an den Lohnsätzen herangeklettert werde. Aber wie ein Mann erhob sich die gefasste Münchener Metallarbeiterschaft zum härtesten Protest gegen diese ungeheure Zumutung. In diesen Versammlungen protestierten sie einmütig, sowie gegen die beachtete Erhöhung der 44-Stundenwoche. In langwierigen Verhandlungen, die für ganz Bayern in Nürnberg stattfanden, wurde nun ein Schiedsspruch gefällt, der mit Wirkung vom 20. November an die Löhne auf folgende Höhe erhöhte: Facharbeiter 1,80 M. Einheitslohn bis zum Höchstlohn für Qualitätsarbeiter von 2,44 M., Alfordbasis 3,40 M.; ungelernete Arbeiter 1,60—2,62 M., Alfordbasis 2,97 M.; ungelernete Arbeiter 1,60—2,59 M.; ungelernete Arbeiterinnen 0,95—1,55 M.; ungelernete Arbeiterinnen 0,95—1,45 M. Da unsere Kollegen von Nürnberg und Augsburg und auch aus der Provinz die Streikentscheidungen der 44-Stundenwoche nicht voll zu würdigen verstanden und mehr Wert auf Lohnherhöhung legten, mußten wir Münchener uns zurückziehen und dieselben nehmen lassen und uns mit der 45-Stundenwoche, und ab 1. Februar 1920 mit der 46-Stundenwoche zufriedenes geben. Angesichts der tiefsten Arbeitslosigkeit, die in München herrscht, hat die nichts weniger als ideale Forderung der Nürnberger außerordentlich deprimierend auf die Kollegen geschlagen. Jähr 15—17000 Arbeitslose am Plage haben — und von den Auswendern genommen werden, die Arbeitszeit zu erhöhen, kann auch nur in modernen, kapitalistisch-sozialistischer „Freiland“ Bayern resp. Deutschland möglich sein! Aber auch nur die neuen Lohnsätze, die bei der stetig steigenden Verteuerung bald wieder zu klein werden, können wir in den meisten Fällen wieder kämpfen, trotzdem der Schiedsspruch aus beiden Kontrahenten angenommen wurde. Betrag und Schiedsspruch der ganzen Linie, wenn es zum Schaden der arbeitenden Klasse ist. Die Münchener Metallarbeiter werden aber auf der Hut sein und auch zur gegebenen Zeit wissen, was sie zu tun haben.

fierten Arbeiter immer geschlossener in zwei — allerdings ungleich — großen Lagern. Finden die Kirche nicht bald den Weg zu den freien Gewerkschaften, dann werden sie der Gefahr kaum entgehen, daß sie zwischen den beiden großen Organisationen zerrieben werden.

**Vom Ausland**

**Spanien.**  
Die tiefgehende soziale Krise, in der Spanien sich seit Wochen befindet, die unablässig einander abblühenden Ausperrungen der Unternehmer einerseits und Streiks der Arbeiterschaft andererseits, scheinen nun nach einem Bericht des „Peuple“ mit einem Erfolge der Arbeiterschaft enden zu sollen. Nach diesem Berichte hat der Unternehmerverband von Madrid, der sich bisher allen Forderungen der Arbeiterschaft völlig unzugänglich gezeigt hat, nunmehr eingelenkt und die Bereitschaft der Unternehmer zu Verhandlungen erklärt. Diese Haltung ist um so bemerkenswerter, als die Madrider Arbeiterschaft in den letzten Tagen ihre Forderungen noch verschärft hat durch den Beschluß, von den Unternehmern auch die Bezahlung sämtlicher Streiktage zu verlangen. Inzwischen nehmen jedoch, nach weiteren Meldungen des „Peuple“ und französischer Zeitungen, die Unruhen und bewaffneten Zusammenstöße in fast allen größeren Städten Spaniens ihren Fortgang.

**Allgem. Kranken- und Sterbelaße der Metallarbeiter (V. a. G. Hamburg.)**

**Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat November 1919.**

**Einnahmen:**  
Von den Filialen eingekandt 76351,98 M. Beiträge von Einzelmitgliedern 2579,90. Zinsen 270. Mieten 400. Sonstiges 693,95. Zusammen 80295,83 M.

**Ausgaben:**  
In die Filialen gesandt 14585 M. Krankengeld an Einzelmitglieder 1279,22. Sterbegeld an Einzelmitglieder 120. Verwaltungskosten 14664,89. Sonstiges 65,20. Zusammen 30669,51 M.

**Abschluß:**

Einnahmen	80295,83 M.
Ausgaben	30669,51 „
Mehreinnahmen	49626,02 M.
Kassenbestand am 1. November 1919	3256810,21 M.
„ „ „ 30. „ 1919	3806442,25 M.

Die für die Krankenkasse sowie für die Sterbelaße bestimmten Postenforderungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbelaße der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg J., Besenbinderhof 70, zu richten.  
Mit Gruß F. Webers, Hauptkassierer.

**Berichte**

**Vom Verbandstage.**

**Stuttg. a. M.** In der am 17. Dezember tagenden Generalversammlung gab Kollege Schödt den Bericht vom Verbandstag in Stuttgart. Er sprach ausführlich über die schon durch die Zeitung bekannten Beschlüsse. Er erklärte, daß die Meinungen über den Weg wohl auseinander gingen, über das Ziel sei man sich aber vollständig einig. In der Diskussion kam scharf zum Ausdruck, daß wir vor dem Krieg vollständig einig waren, aber nachdem während des Krieges die Gewerkschaften misbraucht wurden (Hilfsdienstaufgebot), da mußte es anders werden. Die Arbeitsgemeinschaft muß wieder verschwinden. Der gewerkschaftliche Kampf sei zugleich ein politischer und erfordert Einigkeit und Solidarität der Arbeiterklasse. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 17. Dezember 1919 im Gasthaus zur Sonne“ zahlreich versammelten Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes Verwaltungsstelle Städt. a. M., erklären sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung in Stuttgart einverstanden. Sie sind bereit, trotz dem Kampf der verschiedenen Richtungen im Verbands jeder Zersplitterung entgegenzutreten. Sie sehen auch in Zukunft im Kapitalismus ihren größten Feind, den zu bekämpfen ihre gemeinsame Aufgabe ist.“

**Kassel.** Eine vor kurzen stattgefundene Mitgliederversammlung nahm den Bericht der Kasseler Delegierten vom Verbandstag entgegen. In der Diskussion kam von fast allen Rednern zum Ausdruck, daß sie von den Beschlüssen enttäuscht seien und mehr Arbeit im Interesse unseres Verbandes erwartet hätten. In ihren Ausführungen schloßen sie sich den Kasseler Delegierten, die zur Minderheit in Stuttgart gehörten, an. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme, nachdem einige Anhänger der Opposition vor der Abstimmung sich anstießen, den Saal zu verlassen: „Die Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Kassel nahm den Bericht ihrer Delegierten zur Kenntnis. Sie sieht in den Entschlüssen der Generalversammlung, insbesondere in den Resolutionen H. Müller und Dismann eine schwere Gefahr für den Bestand und die Weiterentwicklung des Verbandes. Die Mitgliederversammlung erklärt nach wie vor in den Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit, die Betriebe zu demokratisieren und damit den Sozialismus vorzubereiten. Ohne an der grundsätzlichen Auffassung zu rütteln, daß unser Verband in erster Linie eine Kampforganisation ist, haben die Mitglieder in Anerkennung der Erhöhung des Beitrages eine Erhöhung der Gewerkschaftsunterstützung erwartet. Vom neuen Verband wird erwartet, daß er die bisherige bewährte Politik, welche den Verband groß und stark gemacht hat, nicht verläßt. Unter dieser Voraussetzung erklärt sich die Mitgliederversammlung bereit und erwartet dies auch von allen Mitgliedern, trotz grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten, weiter tatkräftig mitzuarbeiten, um den Verband vor Zersplitterungen und völliger Zerstückelung zu bewahren. Die Mitgliederversammlung ist mit der Haltung ihrer Delegierten auf der Generalversammlung einverstanden.“

**Essen a. S.** Am 4. Januar 1920 fand die sehr gut besuchte Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle statt. Nach Erledigung des Geschäftsberichtes wurde der Bericht vom Verbandstag entgegengenommen. Nach einer regen Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Essens stellt sich voll und ganz auf den Boden der Beschlüsse des Verbandstages in Stuttgart. Sie fordert den Vorstand auf, die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern sobald als möglich zu lösen, da die Arbeitsgemeinschaft den Klassenkampf des Proletariats angibt. Die Generalversammlung mahnt den alten Vorstand für die wichtige Lage der Arbeiterschaft mitverantwortlich, da die Arbeitsgemeinschaft dem Kapitalismus dienlich und somit die Lage der Arbeiterschaft sehr verschlechtert.“

**Matrizenbauer**

Der elektrischen Matrizenbau, Strich- und verwandten Gebiete. Stiefel werden in unserer Branche sehr niedrige Löhne gezahlt, auch die sonstigen Beschäftigten sind nicht immer so, wie sie entsprechend unserer Leistungen verdient werden könnten. Ungelernte Leute verdienen oft mehr als wir Gelehrte. Deshalb ist es unserer Pflicht der Forderung gemacht werden, zu versuchen, auf diesem Wege einen Lohnausgleich herbeizuführen, um einen einheitlichen Lohn auszubilden und einzuführen. Die in der hiesigen Fabrik in dem Matrizenbau beschäftigten Kollegen schließen in nächster Zeit wieder einen neuen Tarif ab und wir Metallarbeiter dürfen nicht zögern, da wir keine Forderung untereinander haben. Deshalb, Kollegen, geht es für uns um so dringender, um unseren Bereich die entsprechende Stellung in der Lohnskala zu verdienen. Wir erheben deshalb alle die Forderung für diese Sache haben. Beschäftigte für einen neuen Tarif und Material über die jetzigen Beschäftigten an den Beschäftigten der hiesigen Ortsverwaltung. Richard Weidemann, Preislerweg 6, D., Ostpreußen, 31. 12. 1919.

**Rundschau**

**Die einflussreiche Kirche.**

Nach auch dem Beschlusse wurde ein „Deutsch-demokratischer Gewerkschaftsverband“ gegründet, der die christlichen Gewerkschaften, die sozialdemokratischen Gewerkschaften und einige kleine Organisationsgruppen nationaler Couleur vereinigen sollte. Selbst änderte der Bund keine Forderungen und nannte sich „Deutscher Gewerkschaftsverband“. Er hat sich im Laufe des Jahres durch mehrere Reisen hindurchbewegt und sich im November neu konstituiert. In dem Beizeichnis der angeschlossenen Verbände, das im Zustande der christlichen Gewerkschaften erschienen ist, fehlen die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Über den Grund ihres Ausbleibens verstand weder von der einen noch von der anderen Seite aus ein Wort. Niemand erzählt, warum die Kirche den Gewerkschaften aller sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht mehr angehören konnte. Sie haben nun einstmals zwischen dem Schlichten Rechts und Links von ihnen gemacht sich die Reichen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter immer geschlossener in zwei — allerdings ungleich — großen Lagern. Finden die Kirche nicht bald den Weg zu den freien Gewerkschaften, dann werden sie der Gefahr kaum entgehen, daß sie zwischen den beiden großen Organisationen zerrieben werden.

**Verbands-Anzeigen**

**Mitglieder-Versammlungen.**  
Donnerstag, 22. Januar:  
Dortmund (1. Bezirk, Glend, 6 Uhr, Dortmund (2. Bezirk), Gewerkschaftshaus, Dortmund (3. Bezirk), Böhler, 6 Uhr, Dortmund (4. Bezirk), Wiemers, 6 Uhr, Dortmund-Dorf (1. Bezirk), Schule, 6 Uhr.  
Donnerstag, 29. Januar:  
Langewiesen, Felsenkeller, 8 Uhr.

**Vertrauensleutezusammenkünfte**  
Dortmund, Dienstag, 27. Januar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Bekanntmachungen.**  
Remmingsen. Vom 1. Januar ab sind Zuschriften für den Kassierer an Kollege Wöhme, Glendebroder, Rünnersbergerstr. 20, zu senden.

**Angestellte gesucht.**  
Alsfeld. Zum sofortigen Eintritt ein Geschäftsführer gesucht. Nebeneinander agitativer, organisatorisch und mit dem Kassieren vertraut. 5jährige Mitgliedschaft. Gehalt nach d. Statut, Beschäftigten. Bewerbungen mit Angabe über Alter, Beruf u. bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind bis zum 20. Januar an Richard Kirchbach, Schweineheim — Diejenigen Bewerber, die sich auf das Inserat in Nr. 45 der M.-Z. gemeldet haben, können sich, falls sie auf Anstellung noch reflektieren, per Postkarte melden.

**Wahl.** Gewählt wurden die Kollegen Alwin Hennig (Leipzig) und Richard Lang (Ebenau). Alle übrigen Bewerbungen sind damit erledigt.

**Burgbad.** Geschäftsführer, der organisatorisch und agitativer befähigt ist, gesucht. Eintritt sofort. Voraussetzung ist fünfjährige Mitgliedschaft.

**Geförden.**  
Julda. Jos. Seibald, Metallarbeiter, (Gehilfenüberleitung).  
Stiefen. Frau Wamow, Dreher, Lungentuberkulose.  
— Wam. Weidmann, Glasarbeiter.  
Göttingen. Christian Weertzen, Schmirmer, 60 Jahre, Lungentub. — Richard Seibald, Schlosser, 19 J.

**Sonstige Anzeigen**

(Bekanntmachung betr. die Arbeiterschaft) hat niemals an die Redaktion, sondern nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)  
Für unsere Metallgießerei suchen wir einen Formmeister, der mit der Handmaschine und Anfertigung von Modeln, sowie mit der Metallgießerei (Messing- und Rotguss) gründlich vertraut ist, zu baldigem Eintritt.  
Feblow & Aichenbach, Köthen i. A.

**Erfahrene Werkzeugfräser sowie ältere Werkzeugmacher** (für Schnitt und Stangen)  
sucht der Arbeitsnachweis für die Metallindustrie in Stuttgart, Schmalstraße 11, Zimmer 410 (279)

und einige (2816)  
**Schlosser** für Eisenkonstruktion, ledig und nicht unter 30 Jahre alt.  
Gewerkschaft Leonhardt, Remmert, Bez. Halle a. S.

2 tüchtige **Maschinen-Schlosser**  
Für sofort gesucht werden:  
Sauer & Co., Sorgenstraße 17.

Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Albrechtstraße 16 B.